

Alter schützt vor Torheit nicht

Prävention gegen Radikalisierung im Alter: Neue Ansätze für eine bislang wenig beachtete Zielgruppe

Radikalisierung politischer Einstellungen wird häufig mit jüngeren Menschen in Verbindung gebracht. Doch auch im höheren Lebensalter können extremistische Einstellungen entstehen oder sich verfestigen.

VON MARCEL TEMME
UND BJÖRN RODE

Ein Forschungs- und Präventionsprojekt am Institut für Kirche und Gesellschaft widmet sich der Frage, wie ältere Menschen vor einer Radikalisierung geschützt und extremistische Entwicklungen frühzeitig erkannt werden können. Im Mittelpunkt steht dabei die Erkenntnis: Das Radikalisierungspotenzial sinkt mit zunehmendem Alter nicht automatisch. Gleichzeitig braucht es für diese Lebensphase eigene Präventionsansätze.

Das Projekt „RAGE Prävention“ verfolgt das Ziel, ein Konzept gegen Radikalisierung für ältere Menschen zu entwickeln. Dieses wird nicht nur theoretisch erarbeitet, sondern auch mit der Zielgruppe erprobt und multipliziert. Grundlage dafür sind Workshops mit Expertinnen und Experten aus der Radikalisierungsprävention, der Altersforschung und anderen Gebieten. Die Beteiligten verfügen über langjährige Erfahrung aus Wissenschaft und Praxis und brachten ihre Perspektiven aus verschiedenen Regionen Deutschlands ein.

Insgesamt wurden neun Stunden an Aufnahmen und Mitschriften ausgewertet und mehr als 400 Aussagen kategorisiert. Eine zentrale Erkenntnis betrifft dabei die Sprache, mit der über Radikalisierung gesprochen wird. Der Begriff selbst kann stigmatisierend wirken und dadurch den Zugang zu Betroffenen erschweren.

Ein Beispiel aus den Workshops verdeutlicht das Problem: Wer in einem persönlichen Umfeld von einer „Radikalisierung“ spricht, kann damit schnell die Vorstellung verbinden, die betreffende Person plane unmittelbar eine Gewalttat. Eine solche Wahrnehmung kann



Sie sind für das RAGE-Projekt zuständig (von links): Björn Rode, Dennis Hebbelmann und Marcel Temme.

dazu führen, dass Betroffene oder ihr Umfeld sich von Angeboten abwenden.

Für die Entwicklung wirksamer Maßnahmen bedeutet das: Ältere Menschen sollen nicht als Problemgruppe angesprochen oder unter Generalverdacht gestellt werden. Es geht darum, Vertrauen aufzubauen, die Selbstwirksamkeit zu stärken und vorhandene Ressourcen zu nutzen.

Als mögliche Herausforderungen identifizieren die Expertinnen und Experten verschiedene Faktoren, die im höheren Lebensalter eine Radikalisierung begünstigen können. Dazu zählen auch Einsamkeit, ein Vertrauensverlust in Institutionen und eine möglicherweise fehlende kritische Medienkompetenz. Auch einschneidende Veränderungen können eine Rolle

spielen: Der Übergang in den Ruhestand etwa kann mit dem Verlust von Status, Einkommen, Tagesstruktur oder beruflicher Identität einhergehen. Ebenso können gesundheitliche Veränderungen die Lebenssituation prägen. Solche Umbrüche müssen nicht zwangsläufig zu einer Radikalisierung führen, können aber eine Phase erhöhter Verwundbarkeit darstellen.

Demgegenüber stehen Schutzfaktoren, an denen neue Angebote ansetzen können. Ein stabiles soziales Umfeld, gesellschaftliches Engagement und die Möglichkeit, das eigene Alter aktiv zu gestalten, können wichtige Ressourcen sein. Ältere Menschen können dabei eine wichtige Rolle übernehmen, indem sie als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Vereinen, Gemeinden oder anderen sozialen

Zusammenhängen dazu beitragen, demokratische Werte zu stärken.

Die Ergebnisse sprechen für einen differenzierten Blick. Prävention im Alter sollte einerseits altersspezifische Lebenslagen berücksichtigen, andererseits auch allgemeine Mechanismen von Radikalisierung in den Blick nehmen. Gleichzeitig bleiben grundlegende Fragen relevant, die auch bei jüngeren Menschen eine Rolle spielen: Wie entstehen Vertrauen und Misstrauen? Welche Bedeutung haben soziale Netzwerke? Wie werden Informationen bewertet? Und wie können Menschen in ihrer Fähigkeit gestärkt werden, demokratische und menschenfeindliche Positionen kritisch zu unterscheiden?

Das Projekt will vorhandene Ressourcen stärken und gesellschaftliche Teilhabe fördern. Entschei-

dend ist dabei die Freiwilligkeit: Prävention kann nur erfolgreich sein, wenn sie als unterstützendes Angebot und nicht als Stigmatisierung einer bestimmten Altersgruppe wahrgenommen wird.

Die Botschaft der Forschung ist klar: Alter allein schützt nicht vor Radikalisierung. Gleichzeitig bietet das Alter eigene Ressourcen, die für Prävention genutzt werden können. Ein stabiles Umfeld, gesellschaftliches Engagement und die Stärkung von Selbstwirksamkeit können dazu beitragen, Menschen auch in späteren Lebensphasen widerstandsfähig gegenüber extremistischen Ideologien zu machen.

● Im Herbst werden erste Erprobungsangebote durchgeführt. Information und Anmeldung: rage@kircheundgesellschaft.de

Die verschiedenen Seiten der Künstlichen Intelligenz

Von Mai bis Juli hat sich eine Reihe der Evangelischen Akademie Villigst mit drei Schwerpunktbereichen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI) beschäftigt: dem Krieg, der Kriminalität und ihrer Bekämpfung sowie der Krankheit beziehungsweise dem Gesundheitssystem.

VON STEFANIE WESTERMANN

KI und Krieg, das mag auf den ersten Blick nach Science-Fiction klingen, allerdings: Wir sind bereits mittendrin. KI spielt in den Konflikten und Kriegen der Gegenwart eine große, vielleicht auch bald schon entscheidende Rolle. Eine der zentralen Fragen dabei: die sogenannte „kill chain“, also Tötungskette, und die Geschwindigkeit und Sicherheit in und mit der

sie abläuft. Wie kann angesichts des zunehmenden Einsatzes von KI und der damit einhergehenden ungeheuren Beschleunigung von Abläufen menschliche Verantwortung noch gewährleistet werden? Und wie gehen wir mit den Risiken eines „Flash Wars“ um, also der unbeabsichtigten Eskalationsspirale aufgrund der Interaktionsprozesse zwischen den vollautonomen Systemen? Fragen, die sich nicht so leicht beantworten lassen, die aber zeigen: Auch wir als Gesellschaft sollten hier genauer hinschauen, es geht um viel.

Nicht die Kontrolle zu verlieren – oder vielleicht am Ende ein aus der Sicht einer pluralen Gesellschaft zu viel an (staatlicher) Kontrolle zu haben, das sind die Pole der Diskussion um den Einsatz von KI im Bereich der Kriminalität

und ihrer Bekämpfung. Auf der einen Seite können KI-Bots mittlerweile persönlich zugeschnittene Betrugsmails verschicken, Computerviren bauen, Systeme hacken und vieles mehr. Da kann bei der Strafverfolgung offensichtlich nicht alles beim Alten bleiben. Auf der anderen Seite: Mehrere Bundesländer nutzen derzeit – wenn auch in einer im Vergleich zu den USA abgeschwächten Version – Elemente des Systems Gotham der Firma Palantir, mithilfe dessen Daten zusammengeführt und reorganisiert werden können.

In den Diskussionen im Bundestag und Bundesrat stehen die Zeichen auf Ausweitung, die digitale Rasterfahndung scheint nicht mehr weit entfernt. Es geht dabei um sehr grundsätzliche gesellschaftspolitische Fragen, insbe-

sondere die Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit.

Nach diesen doch eher herausfordernden Einsatzgebieten von KI kann sie im Bereich von Gesundheit und Krankheit sehr viel einfacher ihr positives Potenzial entfalten: Von der schnellen Entwicklung neuer Medikamente über individualisierte Therapien bis zu Chatbot-Therapeuten, von einer effizienten Organisation des Gesundheitssystems bis zur besseren Diagnostik und Therapieentwicklung selbst bei Seltenen Erkrankungen.

Bei allem Potenzial, auch hier gibt es kritische Aspekte: Wie gewährleisten wir den Schutz der sensiblen Gesundheitsdaten, wie verhindern wir, dass sich im medizinischen Bereich Tätige zu sehr auf die KI verlassen und ihr eigenes

Können einbüßen? Und mit Blick auf die in den vergangenen Jahren entwickelten Systeme zur Entscheidungsunterstützung: Wie verhindern wir zukünftig rein KI-basierte Entscheidungen und sichern die Patient*innen-Autonomie, also das Recht, dem „Computer-Paternalismus“ im Zweifel auch zu entgehen? Genug Stoff für weitere Gespräche und Diskussionen!

● Alle drei Gespräche stehen zum Nachhören bereit: <https://kurzlinks.de/IKG-KI>

Die Beiträge auf dieser Seite kommen vom Institut für Kirche und Gesellschaft (IKG) der Evangelischen Kirche von Westfalen.